

§ 4 BGG* – Definition der Barrierefreiheit

Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Hierbei ist die Nutzung behinderungsbedingt notwendiger Hilfsmittel zulässig.

* *Behindertengleichstellungsgesetz*

Die Frage:

0. Partizipation in Anlehnung mit den Anregungen zur zweiten Staatenprüfung in 2023

Die UN-Behindertenrechtskonvention enthält die explizite Verpflichtung zur Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbstvertretungen an den politischen Vorhaben, die sie betreffen. In den abschließenden Bemerkungen zeigt sich der Ausschuss nicht nur besorgt über die unzureichenden Ressourcen der staatlichen Anlaufstellen zur Umsetzung der UN-BRK, sondern auch über die begrenzte Beteiligung von Organisationen der Menschen mit Behinderungen an Umsetzungsprozessen.

Die Stadt Mannheim wird aufgefordert, die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbstvertretungen an den politischen Vorhaben in Mannheim, die sie betreffen, sowie an den Prozessen zur Umsetzung der UN-BRK in der Verwaltung gemäß den folgenden Vorgaben zu ermöglichen:

0 a) Rechtzeitige Beteiligung: Menschen mit Behinderungen werden frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbezogen.

0 b) Systematische Einbeziehung: Die Beteiligung wird systematisch und in allen Lebensbereichen erfolgen.

0 c) Offene Verfahren: Mitbestimmungsverfahren werden inklusiv und zugänglich gestaltet.

0 d) Breite Mitbestimmung: Es muss sichergestellt werden, dass das gesamte Spektrum von Menschen mit Behinderungen beteiligt wird, einschließlich der Bereitstellung von Assistenz, einfacher bzw. leichter Sprache oder anderweitiger Unterstützung.

Diese Standards sollen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen aktiv und informiert an allen sie betreffenden Entscheidungen teilhaben können, was eine gleichberechtigte Teilhabe fördert.

Diese Standards werden entsprechend bis 2029 umgesetzt und mit einem jährlichen Reporting zum Fortschritt beim Runden Tisch Barrierefreiheit und Inklusion der Stadt Mannheim vorgestellt.

Antwort FDP

3 x Ja

0a: Theoretisch ist die Einbindung der AG Barrierefreiheit gewährleistet. In der Praxis gibt es immer wieder Verbesserungspotential. Wir werden auch künftig verstärkt darauf achten.

Wir schätzen die Arbeit und den Austausch im Runden Tisch Barrierefreiheit und Inklusion. Od.: Dies liefert uns immer wieder wertvolle Hinweise für unsere politische Arbeit.

Antwort SPD

3x JA

0d) Die Standards sollen zunächst am Runden Tisch diskutiert und zusammengestellt werden.

Antwort Linke

0a) Ja

Wird teilweise gemacht, aber teilweise auch zu spät gemacht (z.B. Innenraumgestaltung der neuen Stadtbahnfahrzeuge) oder vergessen (z.B. taktiles Leitsystem im neuen Technischen Rathaus). Es ist daher noch Luft nach oben.

0b) Ja

Besonders im Bereich des Schulbaus bzw. von Schulsanierungen ist die Einbeziehung notwendig

0c) Ja

Formate für sehbehinderte Menschen müssten verbessert werden. Online-Angebote tragen zur besseren Zugänglichkeit v.a. für gehörlose und sprachbehinderte Menschen bei.

0d) Ja

Ihr Kommentar: Die Linke bzw. die Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. hat beantragt, dass alle öffentlichen Gemeinderatssitzungen und städtischen Veranstaltungen durch Gebärdensprachdolmetschende begleitet werden (https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=232646). Zum Doppelhaushalt 2020/2021 hatten wir eine FM-Anlage für hörgeschädigte Menschen beantragt (https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=223020).

Antwort CDU

0a) Ja

0b) Ja

Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in sie betreffende Sachverhalte sollte unbedingt erfolgen, da sie als Betroffene hier die meiste Fachkunde mitbringen.

0c) Ja

Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in sie betreffende Sachverhalte sollte unbedingt erfolgen, da sie als Betroffene hier die meiste Fachkunde mitbringen

0d) Ja

Hürden und Hindernisse sind so schnell es geht abzubauen. Insbesondere einfache und schnelle Maßnahmen sollten zeitnah umgesetzt werden. Ein jährlicher Bericht über den Fortschritt ist sicherlich sinnvoll um zu sehen, wo man steht.

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Menschen mit Behinderungen sollen frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Perspektiven angemessen berücksichtigt werden.

Dort, wo Bürgerbeteiligung stattfindet, sind Menschen mit Behinderungen systematisch einzubeziehen. Eine Beteiligung kann systematisch erfolgen, indem lose organisierte Gruppen oder etablierte Vereine, wie zum Beispiel die Teilnehmenden am Runden Tisch Inklusion und Barrierefreiheit, über anstehende Beteiligungsformate informiert werden.

Es ist zu prüfen, in welchem Rahmen Mitbestimmungsverfahren bei Offenen Verfahren umzusetzen sind.

Die Frage:

1.) Barrierefreie Mobilität

1a) Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs

Die Straßenbahnhaltestellen z.B. Hauptfriedhof, Duale Hochschule, Nationaltheater, Bibienstraße, Boveristraße, sind prioritär barrierefrei herzustellen.

Digitale Anzeige mit Sprachausgabe auf Anforderung wird an jeder Haltestelle installiert.

Jede Haltestelle erhält ein überdachtes Wartehäuschen und eine Sitzbank mit Rücken- und Armlehne.

Für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen werden im nächsten Haushalt der Stadt erheblich höhere Mittel zur Verfügung gestellt.

1b) Fahrzeuge (Busse, Bahnen, S-Bahnen)

Behindertenverbände werden bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar rechtzeitig VOR der Ausschreibung von den zuständigen Verkehrsbetrieben angehört und einbezogen (Abstimmung über ein barrierefreies Anforderungsprofil).

1c) Bordsteine und Blindensignalanlagen

Die Verwaltung stellt den Behindertenverbänden und weiteren Interessierten eine Liste von Kreuzungen und wichtigen Straßenquerungsbereichen zur Verfügung, die noch nicht nach jeweils geltender DIN hergestellt sind. Es wird eine städtische Stelle mit Kontaktdaten benannt, an die sich Betroffene mit ihren Vorschlägen wenden können.

1d) Behindertenfahrdienst für Schwerstgehinderte

Die Stadt Mannheim wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Anbieter von Fahrdiensten Rollstuhlsitztransporte für schwerstgehinderte Menschen zu den gleichen Zeiten wie im öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Die Vorbestellzeiten sind erheblich zu reduzieren, eine durchgehende Erreichbarkeit auch an Wochenenden und feiertags ist seitens der Fahrdienstanbieter zu garantieren.

Personen mit dem Merkzeichen „H“ für Hilflos werden in den Kreis der Berechtigten des Schwerbehinderten-Beförderungsdienstes aufgenommen.

Antwort FDP

4 x Ja

1b) Die Einbeziehung muss künftig deutlich früher erfolgen

Antwort SPD

3x JA

0d) Die Standards sollen zunächst am Runden Tisch diskutiert und zusammengestellt werden.

Antwort Linke

1a) Ja

: „Ja“, weil wir hinter diesen Forderungen stehen und viele Fahrgäste davon profitieren. Allerdings wird der barrierefreie Ausbau der Haltestellen nicht im Haushalt der Stadt abgebildet, sondern über die städtische Tochtergesellschaft MV GmbH innerhalb des städtischen Konzerns MKB.

Der Umbau der Haltestelle Duale Hochschule wird 2026 erfolgen, der Haltestelle Hauptfriedhof ist für 2027 geplant. Bei der Haltestelle Boveristraße wurde es leider versäumt, im Zusammenhang mit dem Ausbau der S-Bahn-Station Käfertal und des Neubaus der BBC-Brücke die Straßenbahnhaltestelle zu verlegen, barrierefrei auszubauen und als Umsteigeknoten Straßenbahn/S-Bahn zu realisieren.

Trotzdem ist es sowohl für das ehemalige Alstom-Gelände als auch für Käfertal-Süd sinnvoll, die Haltestelle Boveristraße im Bestand barrierefrei auszubauen. Die Haltestelle Bibienastraße liegt in einer Kurve: Hier könnte der Spalt zwischen Bahnsteigkante und Fahrzeug ggf. durch Gummibauteile verringert werden. Die Haltestelle Nationaltheater ist laut Stadt ein technisches und finanzielles Großprojekt, was unseres Erachtens aber noch vor Wiedereröffnung des Nationaltheaters angegangen werden sollte.

Im Übrigen haben wir eine Anfrage gestellt, wie die Barrierefreiheit im Mannheimer Nahverkehr zum Stichtag 01.01.2022 hergestellt ist:

https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=228088.

1b) Ja

1c) Ja

Vermutlich wäre eine umgekehrte Liste sinnvoller, nämlich mit den Kreuzungen und Querungen, die bereits barrierefrei gestaltet sind. Die Zahl der nicht nach aktuellen Vorgaben gestalteten Kreuzungen und Querungen dürfte deutlich höher liegen als die der barrierefreien.

1d) Ja

Antwort CDU

0a) Ja

0b) Ja

Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in sie betreffende Sachverhalte sollte unbedingt erfolgen, da sie als Betroffene hier die meiste Fachkunde mitbringen.

0c) Ja

Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in sie betreffende Sachverhalte sollte unbedingt erfolgen, da sie als Betroffene hier die meiste Fachkunde mitbringen

0d) Ja

Hürden und Hindernisse sind so schnell es geht abzubauen. Insbesondere einfache und schnelle Maßnahmen sollten zeitnah umgesetzt werden. Ein jährlicher Bericht über den Fortschritt ist sicherlich sinnvoll um zu sehen, wo man steht.

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen ist die rnv GmbH zuständig. Mitglieder des Gemeinderats sind über ihre Aufsichtsratsstätigkeit, z.B. in der MV Manneimer Verkehr, involviert. Dennoch gibt es Betroffene, die viel Erfahrung und Ortskenntnisse vorweisen können.

Wir Grüne unterstützen daher das Anliegen, eine städtische Ansprechperson transparent zu kommunizieren, an die Betroffene sich wenden können.

Wir unterstützen die Beteiligung von Behindertenverbänden vor Ausschreibungen, um so auch bei den Vergabekriterien mitwirken zu können.

Auch eine Erweiterung der Erreichbarkeit der Fahrdienstleister für Fahrten für Schwerstgehbehinderte auf die Wochenenden und Feiertag unterstützen wir.

Die Frage:

2. Bauen und Wohnen

2a) Umsetzung Barrierefreiheit bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen

Die geltenden Bestimmungen der DIN und die Landesbauordnung sind bei allen künftigen baulichen Maßnahmen strikt umzusetzen.

Wir fordern die Änderung des Gesellschaftsvertrags der GBG als 100iges Tochterunternehmen der Stadt Mannheim im Jahr 2024. Folgende Änderungen müssen umgesetzt werden:

- Einführung eines Barrierefreiheitsbeauftragten.
- In Wohngebäuden mit mehr als vier Wohnungen müssen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar und nutzbar sein.

Alle Neubauten müssen im Barrierefrei-Standard gebaut werden, die Mitwirkung der Betroffenen muss sichergestellt werden. Bei allen Umbauten und Sanierungen ist zu prüfen, ob ein barrierefreier Umbau umsetzbar ist.

Bei der Planung von Neubauten, Umbauten und Sanierungen müssen Experten in eigener Sache einbezogen werden. Die fachliche Beratung hierfür muss honoriert werden.

2b) Förderung des barrierefreien Umbaus

Die Stadt setzt für Mietwohnungen, für vom Vermieter selbstgenutzte Wohnungen sowie für genossenschaftliche Wohnungen das kommunale Förderprogramm zum barrierefreien Umbau auf Zuschussbasis fort und baut es weiter aus.

Ehrenamtlich getragene Vereine und privatwirtschaftliche Unternehmen sollen von der Stadt darin unterstützt werden, die Gebäude barrierefrei umzubauen.

Insbesondere die GBG soll verpflichtet werden, einen über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden Anteil ihrer Wohnungen barrierefrei herzustellen.

Ein transparentes Informationssystem, in dem barrierefreie und barrierearme Wohnungen auffindbar sind, muss für ganz Mannheim eingerichtet werden.

2c) Wohnungen müssen barrierefrei und bezahlbar sein

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung und Federführung der städtischen Behindertenbeauftragten und in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden sowie den wohnungspolitischen Akteuren ein Konzept für eine zentrale Beratungsstelle vorzulegen. Teil einer solchen Beratungsstelle soll eine internetbasierte Wohnungsbörse für barrierefreie und barrierearme Wohnungen sein. Die Beratungsstelle ist so auszustatten, dass sie über ausreichend behinderten- und wohnungspolitische Kompetenz verfügt, und soll bei der/dem Behindertenbeauftragten angesiedelt sein. Ein/e Fachplaner*in Barrierefreiheit muss bereitgestellt werden. Die Stadt stellt entsprechende zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung.

2d) Selbstbestimmtes Wohnen

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, das den Grundsatz „ambulant vor stationär“ im Wohnbereich fördert. Dabei soll dem Aspekt selbstbestimmten barrierefreien Wohnens besondere Beachtung geschenkt werden. Der Ausbau betreuten Wohnens außerhalb von Einrichtungen sollte ebenfalls Zielsetzung sein. Seitens der Stadt muss deutlicher kommuniziert werden, an wen sich Betroffene wenden können, um eine kompetente und unabhängige Beratung zur Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets zu erhalten.

Antwort FDP

4 x Ja

2a) die Forderungen sind nachvollziehbar, als Gemeinderat haben wir jedoch nur bedingt Einfluss auf die GBG. Bei städtischen Gebäuden muss die AG Barrierefreiheit konsequent einbezogen werden, dann wären z.B. fehlende Blindenleitstreifen u.ä. beim Technischen Rathaus und die teure Nachrüstung zu vermeiden gewesen

2b) kommunale Förderprogramme sollten nur dort greifen, wo es keine Parallelförderung von Land, Bund, KfW usw. gibt

2c) eine zentrale Beratungsstelle würde dann den Barrierefreiheitsbeauftragten bei der GBG unnötig machen

Antwort SPD

2a) Ja

2b) Förderung grundsätzlich ja, die GBG kann nicht „verpflichtet“ werden. Anliegen kann im Aufsichtsrat vorgebracht werden.

2c) Bereits jetzt findet regelmäßig der Runde Tisch Wohnen statt. Hier sollte das Anliegen angesiedelt sein.

2d) JA

Antwort Linke:

2a) Ja

Die Rückmeldung, dass zu wenig barrierefreie Wohnungen bei der GBG zur Verfügung stehen, erhalten wir öfter. Bei Sanierungen sollte unseres Erachtens daher auch auf Herstellung barrierefreier Wohnungen geachtet werden. Der barrierefreie Umbau von Bestandswohnungen ist mit hohen Kosten verbunden. Dass zumindest die Erdgeschosswohnungen barrierefrei sein und barrierefrei erreichbar sein müssen, teilen wir. Im Ulmenweg wurde dies unserer Kenntnis nach so gehandhabt. Im Neubau ist dieser Aspekt besser zu berücksichtigen. Die Forderung nach einem Barrierefreiheitsbeauftragten nehmen wir gerne auf und geben dies an die GBG weiter.

2b) Ja

Ein Förderprogramm ist sinnvoll, wobei zu prüfen ist, wie weit dies greifen soll und wer förderberechtigt sein soll. Ein höherer Anteil barrierefreier Wohnungen im Neubau ist sinnvoll, da der Bedarf auch schon wegen der älter werdenden Bevölkerung steigen wird. Ein Informationssystem über barrierefreie Wohnungen hat Die Linke bzw. die Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. im Zusammenhang mit der Forderung nach einem „Bürgerbüro Wohnen“ bereits beantragt: https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=229498. Allerdings lehnt die Verwaltung die Einführung einer solchen Struktur bisher ab.

2 c)

Die Linke bzw. die Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. hat im Zusammenhang zur Forderung eines „Bürgerbüro Wohnen“ ein solches Informationssystem beantragt: https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=222793 und https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=229498. Die Verwaltung lehnt die Einrichtung einer solchen Anlaufstelle bzw. einer solchen Informationsplattform bisher ab.

2d) Ja

Die kommunale Altenpflegeheime (APH) Mannheim wurde in den GBG-Konzern integriert. Unsere Erwartung ist, dass APH und GBG Wohnen eng zusammenarbeiten, um betreutes Wohnen in der eigenen Mietwohnung (zumindest bei der GBG) zu ermöglichen.

Antwort CDU

2a) Nein

Die GBG sollte darauf ausgerichtet sein, möglichst viele Neubauten barrierefrei zu gestalten. Ob dies aber immer in allen Fällen machbar und wirtschaftlich ist, kann von uns nicht beurteilt werden. Es sollte aber das Ziel sein, dass möglichst viele Wohnungen der GBG barrierefrei sind.

2b) Ja

Die Maßnahme eines solchen Informationssystems ist sicher hilfreich und sollte perspektivisch aufgebaut werden

2c) Ja

Eine solche Stelle ist sicher hilfreich und sollte perspektivisch eingerichtet werden.

2d) Ja

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Wir wollen Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen zusammenbringen. Barrierefreie Wohnungen sind dazu eine der Grundvoraussetzungen. Wir Grüne wollen das städtische Programm zur Förderung der Barrierefreiheit weiterentwickeln und in alle Bereiche ausdehnen.

Wir begrüßen Ihren Vorschlag eines/einer Barrierefreiheitsbeauftragter/m bei der Umsetzung von Barrierefreiheit bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen und werden weitere Schritte prüfen. In Rahmen dieser Aufgaben kann geprüft werden, ob ein transparentes Informationssystem mit allen Marktteilnehmenden, auch privatwirtschaftlichen Immobilienbesitzenden, umgesetzt werden kann.

Die Frage:

3. Inklusion in Schulen und Kindertageseinrichtungen

3a) Artikel 24 der UN-Konvention

Obwohl Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dies vorschreibt, hat es beim gemeinsamen Besuch behinderter und nicht behinderter Kinder in Kindergärten, Schulen und Berufsausbildungsinstitutionen keine sichtbaren Fortschritte gegeben. Dies gilt für Baden-Württemberg (sogar ein Anstieg der „Exklusionsquote“) und auch für Mannheim. Die Stadt wird – auch im Austausch mit dem Land - initiativ, um die bestehende Stagnation zu überwinden und den Inklusionsprozess zu befördern.

3b) Inklusion und Barrierefreiheit

Der barrierefreie Umbau von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sportstätten und Berufsausbildungsinstitutionen muss beschleunigt werden.

3c) Inklusion gibt es nicht umsonst

Die Stadt setzt sich dafür ein, dass alle entsprechenden Einrichtungen mehr Fachpersonal für die Inklusion in Regeleinrichtungen zur Verfügung stellen.

Antwort FDP

"3x Ja

3c) leider ist auch hier der Fachkräftemangel der begrenzende Faktor

Antwort SPD

3 x JA

Antwort Linke

3a) Ja

Inklusion und gemeinsames Lernen sind zeitgemäß und notwendig. Die meisten Schulen sind allerdings noch nicht in geeignetem baulichen Zustand, wie die Informationsvorlage der Stadtverwaltung auf unsere Anfrage hierzu aufzeigt:

https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=227337. Bei der Bereitstellung zusätzlichen Schulpersonals sehen wir das Land in der Pflicht.

3b) Ja

Die Informationsvorlage der Stadtverwaltung auf unsere Anfrage zur Barrierefreiheit an Mannheimer Schulen zeigt auf, dass hier noch großer Handlungsbedarf besteht:

https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=227337. Bei den anderen o.g. Einrichtungen wird es ähnlich sein.

3c) Ja

Allerdings sehen wir hier das Land in der Pflicht, die finanziellen Mittel bereitzustellen."

Antwort CDU

3a) Ja

Ein Austausch ist hier sicherlich mit allen staatlichen Ebenen notwendig um diese Jahrhundertaufgabe zu bewältigen. Die Herausforderungen die eine Durchsetzung dieses Rechtes mit sich bringen überfordern die Kommunen alleine vollkommen.

3b) Ja

Dies ist notwendig. Die damit einhergehenden Herausforderungen überfordern jedoch die Kommunen alleine vollkommen. Auch hier ist ein abgestimmtes Handeln aller staatlichen Ebenen erforderlich.

3c) Ja

Dies ist unseres Wissens nach bereits der Fall. Das Problem ist hier – wie auch an vielen anderen Stellen – der Fachkräftemangel.

3d)

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Dass Kinder mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten frühestmöglich zusammen lernen und spielen dürfen, ist für uns Grüne eine Selbstverständlichkeit. Im Sinne der Teilhabe für alle Familien und Kinder haben wir ein umfassendes Inklusionsverständnis, insbesondere bei KiTas als erste institutionelle Lernorte. Für eine bessere Unterstützung der Inklusion in KiTas müssen perspektivisch inklusive Gruppen verkleinert werden und dementsprechend mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Auch bei der frühen Sprachförderung besteht Ausbaubedarf. Eine alltagsintegrierte Sprachförderung hilft allen Kindern, vor allem aber jenen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Die bestehenden Sprach-KiTas wollen wir fortführen und bei Bedarf weitere einrichten.

Frage:**4. Freizeit, Kultur, Infrastruktur und Teilhabe****4a) Öffentliche Behindertentoiletten**

In jedem Stadtteil ist mindestens eine öffentliche Behindertentoilette vorzuhalten. Eine solche Toilette ist ausschließlich mit dem sog. EURO-Schlüssel für berechnigte Menschen mit Behinderung nutzbar und ist Rund-um-die Uhr zugänglich. Der Gemeinderat legt in der nächsten Haushaltsplanung die erforderlichen Mittel zur Umsetzung fest. Das sog. Konzept „Toiletten für alle“ wird auf kommunaler Ebene aktiv von der Stadt Mannheim unterstützt.

4b) Bürgerdienste

Die immer noch nicht stufenlos zugänglichen Bürgerdienste (wie z.B. Neckarau, Sandhofen) werden innerhalb der nächsten Legislaturperiode barrierefrei hergestellt. Dabei sollte jeder Bürgerdienst auch über eine barrierefreie Toilette verfügen.

4c) Flexible Rampen

Sehr viele Einrichtungen (vor allem Gaststätten und Ladengeschäfte) sind weiterhin nur über Stufen zugänglich. Flexible, manuell bedienbare Rampen bieten oft die Möglichkeit z. B. für Rollstuhlnutzer*innen, trotzdem hineinzukommen. Die Stadt erstellt Auflagen an den Einzelhandelsverband und den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, dass solche Einrichtungen sich flexible Rampen anschaffen. Unserer Auffassung nach ist dies preislich vertretbar, fördert sie doch die Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Bei den Konzessionen für Gaststätten muss darauf geachtet werden, dass diese barrierefreien Standard einhalten.

4d) Kulturveranstaltungen und Feste aller Art

Der Gemeinderat fordert die Organisatoren von Stadtfesten und von kulturellen Veranstaltungen dazu auf, sicherzustellen, dass auch Menschen mit Behinderung daran teilhaben können (Zugänglichkeit, Vorhaltung barrierefreier Sanitäranlagen). Dies gilt insbesondere für solche Ereignisse, an denen die Stadt direkt oder indirekt selbst beteiligt ist.

Die Checkliste* für barrierefreie Veranstaltungen der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen ist anzuwenden. Eine barrierefreie Möblierung ist sicher zu stellen.

* [https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-](https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-05/XMAN20010_Piktogramme_DinA4_hoch_12S_BF_0315_pdf%20Einzelseiten%2003_2021_neu.pdf)

05/XMAN20010_Piktogramme_DinA4_hoch_12S_BF_0315_pdf%20Einzelseiten%2003_2021_neu.pdf

4e) Verständliche Sprache

Bei größeren öffentlichen, insbesondere städtischen Veranstaltungen, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Informationen in verständlicher, in leichter Sprache und Gebärdensprache zur Verfügung gestellt werden. Eventuell auch in Audiodeskription.

4f) Ankündigen von Ereignissen und Veranstaltungen

Die Organisatoren weisen bei Veranstaltungen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit generell darauf hin, wenn die jeweilige Veranstaltung von Menschen mit Behinderung nicht in der gleichen Weise wie von nicht-gehandicapten Menschen besucht werden kann. Dabei ist der Grund anzugeben.

Bei Veranstaltungsankündigungen sollte künftig immer auch die nächstliegende barrierefreie ÖPNV-Haltestelle angegeben werden.

Antwort FDP

5 x Ja außer 4 c

4b) Nicht in jedem alten Gebäude der Bürgerdienste ist eine barrierefreie Toilette umsetzbar, sollte dann jedoch in erreichbarer Nähe vorgesehen werden

4 c) Flexible Rampen für den Einzelhandel, Hotellerie und Gaststätten sind wünschenswert und sollten im eigenen Interesse der Betriebe liegen. Ob rechtliche Auflagen durch die Kommune möglich sind, können wir nicht beurteilen.

Antwort SPD

4 a) Angesichts der aktuellen Lage halten wir das für nicht umsetzbar. Wichtig: öffentliche Toiletten, barrierefrei und außerhalb der Öffnungszeiten mit Euroschlüssel nutzbar.

4b) Ja

4c) Nein

4d) Ja

4e) JA

4f) Ja

Antwort Linke

"4a) Ja

Unsere Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. hat eine Anfrage zum Sachstand des Toiletten-Konzepts und barrierefreier Toiletten gestellt, die in folgende vom Gemeinderat beschlossene Vorlage eingeflossen ist: https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=230439. Für 2024 sind keine Mittel eingeplant. Für den nächsten Doppelhaushalt 2025/2026 müssen jedoch Mittel eingestellt werden, um die Umsetzung der barrierefreien öffentlichen Toiletten anzugehen. Eine erste wird bereits beim Mehrgenerationenspielplatz in Rheinau entstehen

4b) Ja

Wir halten es allerdings für sehr ambitioniert alle nicht barrierefreien Bürgerdienste innerhalb der nächsten Legislaturperiode (bis 2029) barrierefrei umzubauen. An einigen Stellen wird der Denkmalschutz den barrierefreien Umbau erschweren.

4 c)

Prinzipiell stimmen wir dieser Forderung zu. Allerdings ist es mit der Überwindung der Eingangsstufen allein nicht getan, da Innenräume (v.a. bei Gaststätten) und Toiletten oftmals nicht barrierefrei sind. In gewerblich genutzten Räumen sehen wir die Betreiber bzw. Immobilienbesitzer in der Verantwortung entsprechende bauliche Maßnahmen ohne kommunale Förderung umzusetzen.

4d) Ja

Allerdings muss darauf geachtet werden, dass v.a. Vereine und ihre ehrenamtlichen Helfer*innen nicht noch stärker belastet werden als ohnehin. Die Stadt müsste bei einer solchen Forderung entsprechende finanzielle und auch organisatorische Unterstützung leisten. Bei Veranstaltungen von der Stadt selbst sollte Barrierefreiheit selbstverständlich sein.

* [https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-](https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-05/XMAN20010_Piktogramme_DinA4_hoch_12S_BF_0315_pdf%20Einzelseiten%2003_2021_neu.pdf)

[05/XMAN20010_Piktogramme_DinA4_hoch_12S_BF_0315_pdf%20Einzelseiten%2003_2021_neu.pdf](https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-05/XMAN20010_Piktogramme_DinA4_hoch_12S_BF_0315_pdf%20Einzelseiten%2003_2021_neu.pdf)

4e) Ja

Die Linke bzw. die Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. hat beantragt, dass alle öffentlichen Gemeinderatssitzungen und städtischen Veranstaltungen durch Gebärdensprachdolmetschende begleitet werden (https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=232646). Zum Doppelhaushalt 2020/2021 hatten wir eine FM-Anlage für hörgeschädigte Menschen beantragt (https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/vo0050.asp?__kvonr=223020).

4f) Ja & Nein

„Ja“, weil wir dies von städtischen Veranstaltungen erwarten und der Gemeinderat dies beschließen könnte. „Nein“, weil wir private Veranstalter nicht dazu verpflichten können.“

Antwort CDU

4a) Ja

Die Einführung ist eine dringende Notwendigkeit

4b) Ja

Was für öffentliche Gebäude gilt, sollte damit logischer Weise auch für die Bürgerdienste gelten. Wo dies nicht machbar ist, müssen Alternativen gefunden werden

4c) Nein

Dies ist eine Aufgabe der Händlerinnen und Händler. Die Stadt kann diese sensibilisieren und darauf hinwirken. Vorschreiben sollte die Stadt dies nicht.

4d) Ja

An Festen die in städtischer Verantwortung liegen ist dies zu prüfen. Bei Festen, welche von ehrenamtlichen Institutionen geplant und durchgeführt werden ist dies oft nur schwer möglich und würde diese unter den ohnehin schon schwierigen Rahmenbedingungen und Auflagen weiter überfordern.

4e) Ja

Soweit wir wissen ist dies überwiegend bereits der Fall.

4f) Ja

Dies ist sicher eine sinnvolle Maßnahme.

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Hier müssen wir noch weiter Informationen zusammentragen um zu einem Standpunkt zu kommen. Lassen sie uns gerne zu dem Thema uns Gespräch kommen. Kommen Sie dazu gerne nach der Wahl auf uns zu!

Frage:

5. Arbeit

Auftragsvergabe von externen Leistungen.

Die Stadt Mannheim berücksichtigt bei der Vergabe von Leistungen und Aufträgen Firmen und Unternehmen, die die gesetzliche Quote von Arbeitnehmern mit Schwerbehinderung erfüllen.

Antwort FDP

Ja

Antwort SPD

Ja

Antwort Linke

"Ja

Sofern dies mit europäischem Vergaberecht vereinbar ist, bringen wir dies gerne in den Gemeinderat ein.

Antwort CDU

Keine Angabe

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Die Beschäftigung von Arbeitnehmer:innen mit Schwerbehinderung ist uns Grünen ein Anliegen.

Wir werden in den kommenden Jahren Schritte unternehmen, die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung in kleineren und mittleren Unternehmen zu verbessern, wo dies über die Maßgaben des SGB IX hinaus notwendig ist.

Frage:

6. Gemeinderat und Wahlen

6a) Handlungskonzept Inklusion und Barrierefreiheit

Das „Handlungskonzept Inklusion und Barrierefreiheit“ der Stadt Mannheim wurde im Mai 2022 vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen. Hierzu wurden Aufträge zur Umsetzung der zukünftigen Handlungsschwerpunkte erteilt.

Wo sehen Sie die Schwerpunkte einer inklusiven und barrierefreien Stadtgesellschaft in Mannheim?

6b) Wahllokale

Alle Wahlen werden in barrierefreien Wahllokalen durchgeführt. Für Menschen mit Sinneseinschränkungen muss die Wahl mit geeigneten Mitteln ermöglicht werden. Behördliche Informationen in Wahllokalen werden auch in einfacher Sprache bereitgehalten.

6c) Wahlveranstaltungen

Die von den politischen Parteien organisierten öffentlichen Wahlveranstaltungen werden in barrierefreien Räumlichkeiten (stufenlos oder mit Aufzug) durchgeführt. Bei Ankündigungen in den Medien wird darauf hingewiesen, wenn ein Veranstaltungsort diesen Anforderungen nicht genügt. Auf Wunsch werden Gebärdensprachdolmetscher bereitgehalten.

6d) Barrierefreie Informationen

Die Parteien sorgen dafür, dass ihre öffentlichen Informationen in elektronischen und in Printmedien barrierefrei gestaltet werden.

Antwort FDP

"3 x Ja

6a) die FDP sieht den Schwerpunkt im barrierefreien Zugang zu allen städtischen Gebäuden, gerade auch Seniorentreffs, barrierefreien Kreuzungen, ÖPNV, Haltestellen und im barrierefreien Zugang zu Information

6c) Gebärdendolmetscher sind leider nur langfristig buchbar, so dass dies nicht immer auf Wunsch gewährleistet werden kann.

6d) gerade für kleine Parteien und im Ehrenamt oft eine Wissens- und eine Kostenfrage

Antwort SPD

6a) In der Versorgung mit angemessenem Wohnraum und weitestgehend Teilhabefreiheit.

6b) Ist bisher nicht der Fall, aber sollte angestrebt werden.

6c) Die SPD bemüht sich seit längster Zeit bei eigenen Angeboten darum

6d) Das nehmen wir als wichtige Anregung auf

Antwort Linke

6a)

Die Belange der Menschen mit Behinderungen werden ohne Ausnahme in jedem Stadium der Stadtplanung und bei der Bereitstellung von Infrastrukturmaßnahmen mit berücksichtigt. Die Behindertenverbände als ihre Interessenvertretungen erhalten hierfür ein verbindliches Mitsprache- und Stimmrecht. Der gesamte öffentliche Raum wird vollständig barrierefrei. Auch Veranstaltungen mit städtischer Beteiligung gibt es nur noch barrierefrei. Die Stadt sucht die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie den betrieblichen Schwerbehindertenvertretungen, um die dauerhafte Integration behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern. Diese werden zu tariflichen Bedingungen eingestellt. Insbesondere wird auch versucht, jungen Leuten eine vernünftige Ausbildung zu ermöglichen.

6b) Ja

6c) Ja

Die Linke achtet bereits seit vielen Jahren darauf, dass ihre Wahlveranstaltungen in barrierefrei zugänglichen Räumen stattfindet. In nur wenigen Ausnahmefällen war das nicht so. Die Wahlveranstaltung der Linken mit Europa-Kandidat Gerhard Trabert am 24.02.2024 fand erstmals mit Gebärdensprachdolmetschenden statt.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass auf Initiative der Linken bzw. der Gemeinderatsfraktion LI.PAR.Tie. eine Gebärdensprachdolmetscherin bei der Kundgebung „Nie wieder ist jetzt!“ am 27.01.2024 auf dem Alten Messplatz zum Einsatz gekommen ist.

Allerdings kann die barrierefreie Gestaltung von Wahlveranstaltungen nur auf eine Selbstverpflichtung der einzelnen Parteien basieren. Der Gemeinderat kann dies den Parteien nicht per Beschluss auferlegen.

6d) Ja

Bei Verwendung von Vorlagen, die durch das „Corporate Identity“ der jeweiligen Partei vorgegeben werden, hat man teilweise nur wenig Spielraum. Dennoch versuchen wir Faktoren wie bspw. ausreichenden Kontrast zwischen Text und Hintergrund zu gewährleisten.

Antwort CDU

6a)

Die Schwerpunkte sollten dort liegen, wo mangelnde Barrierefreiheit die Teilhabe am meisten und grundlegendsten erschwert. Hier sollte der Fokus darauf liegen, dass man mit schnellen und einfach umzusetzenden Maßnahmen beginnt und in einem parallel laufenden Schritt die mittel- bis langfristigen Ziele plant und umsetzt.

6b) Ja

6c) Ja

Diese Voraussetzung zu erfüllen ist immer unser Ziel, da auch wir Menschen mit Behinderungen in unseren Reihen haben. Ein entsprechender Hinweis bei Ankündigungen sollte erfolgen.

6d) Ja

Dies sollte das Ziel sein. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass es bei den überwiegend ehrenamtlich organisierten Parteien auch immer eine Frage der personellen und finanziellen Ressourcen ist. Dies gehört leider zur Wahrheit dazu.

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

"Auch fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention und zwölf Jahre nach der Erstellung des Mannheimer Aktionsplans zu dessen Umsetzung gibt es im Bereich Inklusion in unserer Stadt noch viel zu tun. Wir wollen Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen zusammenbringen. Weitere bauliche Veränderungen sollen ebenso umgesetzt werden wie die dringend notwendigen Umrüstungen in Hinblick auf die Bereitstellung von Informationen in einfacher Sprache, auch um an demokratischen Willensbildungsprozessen teilhaben zu können.

Außerdem fordern wir, dass bei städtischen Veranstaltungen Gebärdendolmetscher:innen oder Simultanübersetzungen in Textform eingesetzt werden. Für Vereine und Initiativen muss ein Fördertopf gebildet werden, um diese Angebote zur Verfügung stellen zu können.

Das 2022 beschlossene Handlungskonzept Inklusion und Barrierefreiheit und die Einrichtung des Runden Tisches für Inklusion und Barrierefreiheit unterstützen wir. Wir Grüne wollen einen engen Austausch zwischen Betroffenen und Entscheidungsträger:innen ermöglichen, um die formulierten Ziele nicht nur für, sondern gemeinsam mit allen Betroffenen zügig umzusetzen."

Frage:

7. Was brennt Ihnen besonders auf den Nägeln?

Welche Probleme im Bereich von Menschen mit Behinderung würden Sie gerne aufgreifen und sind Ihnen so wichtig, dass Sie diese auch in den Gemeinderat einbringen und dort thematisieren würden? Bitte führen Sie dies hier aus:

Antwort FDP

Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht. Wesentlich für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sind barrierefreie Toiletten. Wir haben bereits einen Antrag eingebracht, mindestens eine pro Stadtteil in DIN-Norm umzusetzen und weitere „Toiletten für Alle“ zu planen. Auch eine zentrale Beratungsstelle rund um barrierefreies Wohnen halten wir für sinnvoll. Wir dringen auf eine konsequente und frühe Einbeziehung von Experten in eigener Sache vor allem bei allen baulichen Maßnahmen. Der barrierefreie Umbau von Seniorentreffs muss schneller vorangehen

Antwort SPD

- Barrierefreie Toiletten in jedem Stadtteil
- Ausreichendes Angebot an barrierefreien Wohnungen
- Anstelle von „Problemen“ wollen wir für eine offene Stadtgesellschaft werben und an den notwendigen Grundlagen dafür arbeiten

Antwort Linke

Zugeparkte Straßenquerungen und Kreuzungen, wie man sie nahezu überall im Stadtgebiet vorfindet, stellen besonders für sehbehinderte Menschen und Menschen im Rollstuhl ein gravierendes Problem dar. Daher sehen wir den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) in der Pflicht, mit entsprechenden personellen Kapazitäten eine bessere Kontrolle und Ahndung zu gewährleisten und Fahrzeuge ggf. abschleppen zu lassen. Die Neuordnung des Gehweg- bzw. Straßenrandparkens ist daher auch aus Sicht der Barrierefreiheit sehr wichtig.

Antwort CDU

- Ausbau barrieregerechter Wohnungen
- Ausbau eines barrierefreien ÖPNV
- Teilhabe bei Veranstaltungen

Antwort Bündnis90 / Die Grünen

Keine Angabe